

Schuhmacher-Fachblatt

Organ des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands und Publikationsorgan der Zentral-Firmen- und Werbekasse der Schuhmacher und verwandten Berufsgenossen

Nr. 8 Erscheint jeden Sonntag. 20. Jahrg. 34. Jahrg.
Abonnementpreis: 2,40 M. für das Vierteljahr. Gotha, 22. Februar 1920 Inserate kosten 75 Pfg. die einspaltige Textzeile.
Su beziehen durch alle Postanstalten. (Zustellort Nr. 174.) Bei Wiederholungen Rabatt. — Stellen-
vermittlungszinigen für Mitglieder 10 Pfg.

Inhalts-Verzeichnis.

100000 Leser des Schuhmacher Fachblattes. — Zum Verbandstag in Leipzig. — Die Schuhfabrikanten im besetzten Gebiet und der Reichslohntarif. — „La Chaussure française“. — Das Wollschafgesetz. — Anregungen zur Hoffrage im Schuhgewerbe. — Winter. — Aus unserem Beruf. — Mitteltage. — Verbandswachstums. — Zentral-Firmen- und Werbekasse der Schuhmacher u. v. v. Deutschland. — Briefkasten. — Berichtigung. — Literarisches. — Veranlassungstafel.

100000 Leser des Schuhmacher Fachblattes

Es ist erreicht, was wir und abertausende unserer Kollegen sehrbestenfalls hoffentlich erhofft, daß wenn nur erst dieser Verband 100000 Leser hätte, wir dann eine wirtschaftliche Wende repräsentieren, die bei allen unseren Kämpfen für gewisse Arbeitsbedingungen hart ins Gewicht fällt. Die Wichtigkeit des Fachblattes ist der Maßstab für die Mitgliederzahl. Dann wenn auch einige Exemplare von den Mitgliedern gelesen werden und eine kleine Zahl mehr an Orte gebracht wird als Mitglieder sind, um so viel ist die Auflage von 100000 auch schon überflüssig.

Das Ereignis wird unsere Kollegen mit hoher Befriedigung erfüllen, wobei es ihnen doch die Gewißheit, daß wir in unserem Beruf Wirtschaftskämpfe schaffen können und werden, die anderen Berufen ebenbürtig sind. Vorbei ist die Zeit, wo die Schuhmacher die Paros unter den gewerblichen Berufen waren. Aber die Arbeitsbedingungen allein machen nicht den Reiz, es muß auch jeder Kollege und jede Kollegin befreit sein, sich geistig fortzubilden zu selbständigem Denken und Handeln. All unser Wollen und Tun muß auf einer soliden Grundlage beruhen.

Kann es etwas Erhabeneres geben, als mit 100000 Kollegen und Kolleginnen in Solidarität zu leben, den gleichen Sitten zugewandten, die die Menschheit auf eine höhere Stufe der Kultur heben, wie dies auch unser Verband bevoorzugt?

Der Zutritt zu unserem Verband legt den älteren erprobteren Mitgliedern besondere Pflichten auf, es gilt unsere neuemkommenen Mitglieder über Zweck und Ziele des Verbandes aufzuklären, sie mit dem Geist der Gewerkschaft zu durchdringen, ihren Blick auf das Große und Ganze der Arbeiterbewegung zu lenken und sie zu tüchtigen Menschen im Kampfe für das Gute und Schöne zu erziehen. Nur wenn uns das gelingt, werden wir Freude an unserer Tätigkeit erleben.

Und das wird und muß uns gelingen. Es gibt in der Arbeiterbewegung keine Schwierigkeiten, und seien sie noch so hart und groß, daß sie nicht überwunden werden können werden.

Das erste, was in Angriff genommen werden muß, ist die Errichtung einer wenn auch vorläufig kleinen Bibliothek mit guter Gewerkschaftsliteratur. Später können auch Werke und Schriften aus der Arbeiterbewegung angeschafft werden. Dann sind Diskussionsabende zu veranstalten. Dazu müssen besonders die älteren und erprobteren Kollegen mitwirken. Wo solche nicht vorhanden sind, was bei neuen Abteilungen öfter der Fall sein wird, da müssen die Kollegen der Umgebung beizutreten. Zwischenbuch muß der Gewerkschaft einen Vortrag halten. Die Veranlassung dabei müssen gewiss neue gestaltet und die Kollegialität und Freundschaft untereinander gefördert werden.

Unter keinen Umständen dürfen persönliche Antipathien den Mitgliederversammlungen ausgetragen werden. Die Vorstände haben streng darauf zu achten, daß sie solche Antipathien mit aller Energie niederhalten. Die Mitgliederversammlungen sollen einem höheren Zweck dienen. Die Geselligkeit und Freundschaft wird besonders auch dadurch gefördert, daß sich die Kollegen der Nachbarorte gegenseitig besuchen, gemeinsame Partien und Ausflüge veranstalten.

Zu den notwendigen Hilfsmitteln der Organisation hat es ein ununterbrochenes geringes Einkommen zwischen den Mitgliedern und dem Leitenden gehört, das in dem

Schuhmacher-Fachblatt, das stets im Kampfe wie im Frieden den Kollegen voran weht. Auch unser Fachblatt hat an dem glänzenden Erfolg keinen Anteil. Aber bei diesem Erfolg dürfen wir nicht stehen bleiben, es gilt, noch abertausende zu organisieren und diese für den Verband heranzubilden ist unsere nächste Pflicht. Es gilt für uns kein Ausruhen, solange noch tausende von Kollegen und Kolleginnen in Ungewissheit dahinschliefen. Diese bilden eine Gefahr für uns bei Lohnkämpfen, sie gefährden unsere Erwerbschancen, sie sind ein Steigerer an unserer Bewegung und deshalb müssen wir sie zum Verband zuführen. Wenn alle Kräfte, die in und für den Verband bis jetzt tätig waren, sich erneut ins Zeug legen, so wird, so muß es uns gelingen, unsere noch hoffnungslosen Kollegen und Kolleginnen sehr bald für den Verband zu gewinnen. **Vorwärts! Es gilt die zweite 100000 zu erobern.**

Szum Verbandstag in Leipzig.

Nur wenige Wochen trennen uns noch von dem Termin, an welchem die höchste Versammlung unseres Verbandes in Leipzig zusammentritt.

Die Delegierten tragen unter einem günstigen Omen. Der Verband hat einen beispiellosen Aufschwung genommen, vielleicht prozentual den größten von allen Gewerkschaften, denn er weist heute die sechsfache Mitgliederzahl auf von dem niedrigsten Stand während des Krieges.

Ein solcher Wachstums ist geeignet, in manchen Kreisen Hoffnungen und Launen zu erwecken, die nicht ganz ungegründet sind.

Bei aller Freude und Begeisterung über unseren Erfolg gilt es, ruhiges Blut und Besonnenheit zu bewahren. Wenn in einer Korrespondenz der Jahrbücher öfters starke Unzufriedenheit mit der Führung des Vorstandes mit dem Verband der Fabrikanten über die letzte Lohnkündigung geäußert und demütig getrotzt wird, doch wenn nicht energischer zugegriffen wird, die Mitglieder in helle Stunden zur Union überlaufen, so bemerkt uns dies, daß die ruhige Überlegung bereits ins Wanken gerät. Daß unsere Vertreter im Vorstand alle Energie aufzubringen haben, die Rechte und Interessen der Kollegen zu verteidigen und herauszufechten aus herauszuholen war, dafür können wir sie.

Daß inszwischen wieder eine enorme Steigerung der Preise der Rohmaterialien und Verbrauchsgüter eingetreten ist, ist doch nicht die Schuld unserer Vertreter. Wenn andere Berufe diese Steigerungen bereits bei Verhandlungen zugunsten legen konnten, so war diese Situation eben günstiger. Ferner ist zu berücksichtigen, daß unser Tarif im April abläuft und dann eine allgemeine Wende vorzunehmen werden wird. Kritik kann stark, aber sie soll gerecht sein. Und was soll die Drohung des Überlaufens zur kommunistischen Union? Glauben die Kollegen, daß dieses Zerwürf einer gewerkschaftlichen Organisation ihnen bessere Arbeitsbedingungen schaffen könnte? Das ist völlig ausgeschlossen.

Durch starke Worte und Gesten kann man Arbeiter hinreißen, auf die Unternehmern üben sie gar keinen Einfluß aus. Ob der Verbandsstag an dem starren Tarif festhält, oder ob er es für besser hält, das System der geltenden Lohnsätze einzuführen, wird erstens entschieden resp. dazu Stellung nehmen. In dem bei diesem System die Löhne automatisch den Preissteigerungen folgen, würden die Arbeiter vielleicht besser fahren. Durch die in der Agitation und Presse stark kritisierte Gewerkschaftsbürokratie ist man vielerorts dazu gekommen, das Kind mit dem Bade auszuschütten. Man müßte überall Bureaukratie, wo solche auch nicht vorhanden ist.

Große Organisationen brauchen eine große Zahl angeheuerter Kollegen. Da hierzu die befristeten gewählt werden, erlangen diese selbstverständlich einen gewissen Einfluß. Solange dieser Einfluß nur zum Nutzen der Mitglieder und der Organisation dient, ist er nützlich und nur erst dann, wenn er dazu übergeht, die Organisation zu zersetzen und ihren Mitgliedern zu machen, an welchen die Mitglieder kein Interesse haben, oder deren Interessen gar zuwiderläuft, wird er schädlich.

Daß sich eine solche unerwünschte unerwünschte Einflüsse der Anstellungen in unserem Verband geltend gemacht hätte, müßten wir bemerken. Da den Anträgen zum Verbandstag kommt aber eine solche Meinung gegen die Anstellungen zum Ausdruck. Eine erste Stellung wird die Gestaltung unserer Unterhaltungsbedingungen heranzuführen.

Ein Teil Kollegen wünscht dieselben beibehalten, ein anderer will sie beibehalten. Als Grund zur Beibehaltung wird angeführt, daß diese Einrichtungen früher nur als Notdoppele dient hätten, heute könnten wir sie entbehren und den Verband nur als Kampforganisation ausbauen. Wir können nicht einsehen, daß ein Kämpfer an Ruh verdienen soll, wenn er neben der dursichtigen Disziplinunterstützung im Kampfgebiet noch einige Ruhe sich durch Beiträge sichert. Das gleiche ist der Fall, solange der Staat nicht die allgemeine Pflicht der Arbeitslosenunterstützung anerkannt resp. durchgeführt. Wichtig ist allerdings, daß eine genügende Streitunterstützung geschaffen und dafür die entsprechenden Beiträge aufgebracht werden. Die Bezirkskomitees der Schuhmacher werden eine eingehende Beratung erfahren müssen.

Der Verband wird sicher zu der hochpolitischen Frage der Betriebsräte Stellung nehmen.

So barren noch eine Anzahl Fragen der Entscheidung durch den Verbandstag.

Aus alledem ist zu ersehen, daß dieser Verbandstag viele seiner Kräfte an Bedeutung übertrug.

Auf einen unserer Meinungen nach unermesslichem Brauch müßten wir noch hinweisen, das ist die Möglichkeit mit gebildeten Mandanten zu leben. Sind die Mitglieder der Meinung, daß der Delegierte nicht den Mut hat, die Ansichten der Mitglieder zu vertreten, oder daß er sich zurückziehen läßt, dann wähle man ihn nicht. Die Diskussion keines Antrages oder einer Frage, bei der das für und Wider gründlich erörtert wird, föhrt einen Delegierten in die Verantwortung bringen, daß er anderer Meinung geworden als sein gebildetes Mandat vorkreuzt; selbst seine Mandatgeber können, wenn sie die Aussprache angehört, anderer Meinung werden, er muß dann aber gegen seine Überzeugung stimmen.

Ein gebildetes Mandat hat nur einen Eins in einem Frage, die öffentlich gesprochen entschieden ist. Ein Delegierter muß vor allem die Interessen der Gesamtorganisation nicht die seines Ortes oder Bezirks vertreten.

Wir sind überzeugt, daß die Delegierten alles zum Besten unseres Verbandes tun werden und jeder seine Kräfte zur Sicherung und gelungener Weiterentwicklung unserer Organisation einsetzen wird.

Wir sind der festen Hoffnung, daß auf dem bevorstehenden Boden von Leipzig die Erwartungen erfüllt werden, die 37jährige Organisationsarbeit bietet die Gewähr hierfür. Wir haben gelernt in dieser Zeit, daß nur die Organisation die Arbeiter schützt und ihnen Recht verleiht und daß sie die Hochhaltung der Solidarität unüberwindlich macht, solange sie konsequent und zweifelslos seinen Platz in ihrem Reichem lassen, solange sie ehrlich sind.

Daran soll die Organisation mit Geduld und Mut bestehen.

Die Schuhfabrikanten im besetzten Gebiet und der Reichslohntarif.

Die Schuhfabrikanten im besetzten Gebiet erklären die ganze Zeit her, daß für sie der Reichslohntarif keine bindende Kraft habe, da Verordnungen der deutschen Regierung und Abmachungen von Unternehmer- und Arbeiterverbänden, die rechtserheblich getroffen wurden, durch die „hohe alliierte Kommission“ nicht anerkannt würden.

Daß hierbei der Wunsch der Bäter des Gebankens war, war uns schon immer klar. Dieser Einwurf wurde nur gemacht, um sich von der Verpflichtung zur Zahlung angemessener Löhne zu befreien.

Bei meiner Tour, die ich kürzlich im besetzten Gebiet machte, fand ich Gelegenheit, mit Fabrikanten wegen Anerkennung des Reichslohntarifes selbst zu verhandeln. Auch hier fehlte sehr oft der Einwand wieder, daß das, was im Reichslohtarif festgelegt ist, für die inlandsheimische Industrie nicht maßgebend sei. Und die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages andere an dieser Tatsache nichts, da die „hohe alliierte Kommission“ Verordnungen der Reichsregierung nicht anerkennt.

Ich habe den Herren erklärt, daß ich Verantwortung nehmen werde, Klarheit in diese Frage zu bringen, da

1. Ben...
2. Schül...
3. Ben...
4. Ben...
5. Ben...
6. Ben...
7. Ben...
8. Ben...
9. Ben...
10. Ben...
11. Ben...
12. Ben...
13. Ben...
14. Ben...
15. Ben...
16. Ben...
17. Ben...
18. Ben...
19. Ben...
20. Ben...
21. Ben...
22. Ben...
23. Ben...
24. Ben...
25. Ben...
26. Ben...
27. Ben...
28. Ben...
29. Ben...
30. Ben...
31. Ben...
32. Ben...
33. Ben...
34. Ben...
35. Ben...
36. Ben...
37. Ben...
38. Ben...
39. Ben...
40. Ben...
41. Ben...
42. Ben...
43. Ben...
44. Ben...
45. Ben...
46. Ben...
47. Ben...
48. Ben...
49. Ben...
50. Ben...
51. Ben...
52. Ben...
53. Ben...
54. Ben...
55. Ben...
56. Ben...
57. Ben...
58. Ben...
59. Ben...
60. Ben...
61. Ben...
62. Ben...
63. Ben...
64. Ben...
65. Ben...
66. Ben...
67. Ben...
68. Ben...
69. Ben...
70. Ben...
71. Ben...
72. Ben...
73. Ben...
74. Ben...
75. Ben...
76. Ben...
77. Ben...
78. Ben...
79. Ben...
80. Ben...
81. Ben...
82. Ben...
83. Ben...
84. Ben...
85. Ben...
86. Ben...
87. Ben...
88. Ben...
89. Ben...
90. Ben...
91. Ben...
92. Ben...
93. Ben...
94. Ben...
95. Ben...
96. Ben...
97. Ben...
98. Ben...
99. Ben...
100. Ben...

es mir an Zeit mangelte, selbst nach Koblenz, dem Sitz der hohen alliierten Kommission zu fahren, beauftragte ich den Kollegen Wegmar-Moing, dies zu erledigen. Kollege Wegmar kam diesem Auftrag nach und berichtet uns darüber, daß, nachdem er der „hohen alliierten Kommission“ unter Vorlegung des Reichslohnrahmens und unter Mitteilung, daß die linksrheinischen Fabrikanten sich unter Berufung auf die hohe alliierte Kommission weigerten, den Tarifvertrag anzuerkennen, und die Kommission ersuchte, eine Erklärung zu veröffentlichen, wonach der Reichstarifvertrag auch im besagten Gebiet gelte, Wegmar erklärt wurde, daß die hohe alliierte Kommission gern bereit sein würde, eine solche Erklärung zu veröffentlichen. Aber dieses sei eine Sache, die durch den deutschen Reichskommissar für das besagte Gebiet zu erledigen sei. Man wundere sich darüber, daß dies nicht schon längst geschehen sei.

Kollege Wegmar suchte dann den Reichskommissar auf. Als er dem Reichskommissar sein Anliegen vorgetragen und mitgeteilt hatte, daß er vorher bei der „hohen alliierten Kommission“ gewesen sei, wurde der Herr Reichskommissar ungehalten. Der Herr Reichskommissar erklärte, daß diese Angelegenheit zunächst die Befehlsgewalt der Reichsregierung angehe. Es sei selbstverständlich, daß Gesetze und Verordnungen, die für das deutsche Reich erlassen werden, auch für das besagte Gebiet Geltung haben. Der Herr Reichskommissar erklärte, daß er sofort die Provinzialbehörden anzuweisen werde, den Unternehmern klar zu machen, daß sie zunächst nach Deutsche sind und sich den deutschen Gesetzen und Verordnungen zu fügen haben. Wir sollten in allen kritischen Fällen den Schlichtungsausschuß anrufen, und wenn der Schlichtungsausschuß entgegen der Rechtslage, die Rechtsverbindlichkeit des Tarifvertrages als für das linksrheinische Gebiet nicht zuständig erkläre, würde der Herr Reichskommissar dieses Urteil fassieren und den Schlichtungsausschuß veranlassen, das Urteil zu revidieren.

Es ist nun für alle, die es angeht, Klarheit darüber geschaffen, daß der Reichslohnrahms für die Schuhindustrie auch für das linksrheinische Gebiet Geltung hat. Unsere Kollegen ersuche ich in allen Fällen, wo der Fabrikant sich weigert, den Reichslohnrahms anzuerkennen, dem Vorstand sofort hieron Mitteilung zu machen, damit wir die notwendigen Schritte einleiten können.

J. Simon.

„La Chaussure Française“

Die Zeitschrift, die die Interessen der französischen Schuhindustrie vertritt, nämlich die „Schuhmacher“ in Deutschland, liefert sich von Zeit zu Zeit Nachrichten aus Deutschland, die beweisen sollen, daß die deutschen Arbeiter sich viel williger ausbeuten lassen als wie die französischen Arbeiter. Das ist nicht die Wahrheit, wie wir es auch in Deutschland schon so oft gehört haben. Wie oft wurden die höheren Leistungen der amerikanischen Schuhfabrikanten gegenüber den Leistungen der deutschen Arbeiter in der deutschen Unternehmerpresse hervorgehoben.

So bringt in einer ihrer letzten Nummern „La Chaussure Française“ wieder eine Notiz aus Deutschland, die sich zur Erweiterung unserer Kollegen, insbesondere unserer Schürter, sowie zum Beweis für die Verlogenheit der Unternehmerpresse hier mitteilen. Die Notiz lautet folgendermaßen: „An Erfurt, Provinz Sachsen, einer Stadt von 124 000 Einwohnern, haben die Schuhfabrikanten ein Konsortium gebildet, welches 400 Arbeiter beschäftigt. Das Konsortium verkauft dieses Konsortium an Preis von 80.— Mark und Aufzuschubwert aus gelbem Vorfall, auf Rand gemischt, zum Preis von 200.— Mark. Die Arbeiter arbeiten dort, wie es die „La Chaussure Française“ schon in mehreren Nummern (genügt D. B.) mitgeteilt hat, 12 Stunden — 8 Stunden normale Arbeitszeit, 2 Stunden für die Regierung und 2 Stunden als Nebenzeit — und vor kurzem haben die Arbeiter gestreikt, um diese zwölfstündige Arbeitszeit zu erhalten.“

Wie mögen die französischen Unternehmer, nachdem sie diese Notiz gelesen, geschimpft haben über ihre Arbeiter, die auch nicht mehr länger als acht Stunden sich ausbeuten lassen wollen. Der Sekretär unserer französischen Bruderorganisation, Kollege Roug, hat schon auf dem internationalen Schuhmachertag in Zürich darauf hingewiesen, daß die französische Unternehmerpresse fortwährend die Behauptung aufstellt, daß die deutschen Arbeiter länger arbeiten als 48 Stunden pro Woche. Wir haben damals schon erklärt, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. Wir haben auch jetzt der französischen Bruderorganisation wissen lassen, daß die Notiz der „La Chaussure Française“ erlogen ist und ihn ersucht, das öffentlich festzustellen. Unsere Kollegen sowie die übrigen Arbeiter mögen aber an diesem Beispiel wieder sehen, wie vorsichtig man Presseäußerungen über die Arbeiterverhältnisse im Ausland gegenüber sein muß. Denn auch bei uns gibt es Presseerzeugnisse von der Qualität „La Chaussure Française“.

Das Antistreibgesetz.

Der Reichsarbeitsminister Schmidt, eine frühere Generalsekretärin, hat den Unternehmern zum Trost schon seit Monaten zugehört, der von ihren Mitarbeitern und von

der Regierung noch immer für rechtsgültig angesehenen Ratkonnensammlung einen Gehaltswort vorgelassen, der das obligatorische Schiedsverfahren regelt. Ursprünglich gedachte man dieses Gesetz gleichgültig mit dem jenseitigen Betriebsratsgesetz zusammen zu veröffentlichen, gleichsam als Gegenwert für die riesigen Opfer, die dem Unternehmertum nach seiner Behauptung durch das Betriebsratsgesetz aufgedrückt wurden. Das neue Gesetz kam aber noch nicht, war wohl in den Verhandlungen mit dem Unternehmertum noch nicht fertig geworden, und hätte wohl auch die fällige dreiwöchentliche Sechswochenpause des so überaus arbeitswilligen „Volks“-Parlaments allzusehr verzögert oder verschoben.

Das Unternehmertum ist jetzt stark erkrankt, daß das Betriebsratsgesetz in Wirklichkeit treten soll, noch ehe das Antistreibgesetz der „revolutionären“ Regierung seine vorbeugende oder dämpfende Wirkung tun kann. Trophem dem sich die Nationalversammlung noch eine lange Reihe von Beratungen vorgenommen haben dürfte, ehe sie sich der längst fälligen Reue wohl unterzieht, und trotzdem also auch das heiße Schneiden der Unternehmer noch erfüllt werden dürfte, können die Herren doch nicht ermaßen. Eile tut not!

„Eile tut not“, schreibt daher auch in der „Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 3) der Syndikus des Allg. Industrie-Verbandes, Dr. Schmidt, der ganz im Sinne und Ton dieses schmerzhaften Unternehmerorgans die Regierung drängt, als ginge es um Leben und Sterben. Natürlich geht es dabei zunächst ohne eine nicht sehr getrimmte objektive Fälschung nicht ab, indem nämlich behauptet wird, daß die „inneren Feinde“ fleißig am Werke sind, also wesentlich beizutreiben sollen, dem Lande auch noch den letzten Rest wirtschaftlicher Existenzmöglichkeit zu entziehen. Hierbei soll die U. S. P. die einzige Partei sein, die auch die wilden Streiks billigt. Das Gegenteil ist richtig. Wir wissen, daß auch die U. S. P. bis vor jeder Kräfteverteilung gewarnt hat, die in wilden Streiks erfolgt. Aber sie hat, im Gegensatz zu anderen Parteien selbst, und gerade in dieser Zeit schwerster Existenznödigkeit der Arbeiterschaft auch das Streikrecht zu schützen gesucht. Dessen richtige und zeitgemäße Anwendung soll natürlich nicht dem Ermessen ministerieller Beiräte oder beweglicher Unternehmer, sondern der Entscheidung der Arbeiter selbst unterliegen. Sie sind reif und mündig genug dazu und kennen auch die richtige Bilanz zwischen ihrem eigenen und dem Wohl der Allgemeinheit, dessen Wahrung die Arbeiter viel gewissenhafter beachten sollen als es die Unternehmer zu tun pflegen. Hieron ist in der von der „Arbeiter-Zeitung“ zitierten rechtsökonomischen Presse und der Kundgebung Eberts nur wenig oder nichts zu spüren. Das Blatt hält auch Eberts Willensäußerungen für ungenügend und es schreit nach der erlösenden Tat.

„Das einzige, was gestreift wurde, ist die Verbindung des Ausnahmezustandes, weiter nichts. Aber das ist kein durchschlagendes Mittel, mit dem suggestive Massenereignisse aus der Welt geschafft werden können. Es bedeutet nur den Versuch, Ereignisse zu verhindern, nicht aber den Erfolg, das Streikrecht im Reine zu erhalten.“

Daß die Unternehmer hiernach den Ausnahmezustand als in ihrem Interesse verfehlt, aber als unzulängliches Mittel gegen das „Streikrecht“ bezeichnen, ist von besonders reichem Interesse. Nur den Ausnahmezustand wählte die Regierung zu bieten — weiter nichts! Aber so gut er den Unternehmern schmeckt, das rechte Rezept gegen das Streikrecht der Arbeiter ist auch der Ausnahmezustand noch nicht, trotzdem er die Gewalt den Militärs ausstreckt und die persönliche Freiheit wie die Press- und Versammlungsfreiheit aufhebt — weiter nichts. Die Unternehmer verlangen stärkere Mittel. „Ein Antistreibgesetz brauchen wir, und zwar dringender noch heute als morgen.“ ... So schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ wörtlich. „Wir können nicht warten.“

„Auch die Arbeiter haben sich nicht hingepflegt lassen, als es galt, das Betriebsratsgesetz in Gile durchzubringen.“ ... Das diese letzte Bemerkung betrifft: weiß der Doktor Syndikus nicht, daß die Arbeiter durchaus keine große Eile haben, das Betriebsratsgesetz durchzubringen? Daß vielmehr ein beträchtlicher Teil der Arbeiter von diesem Gesetz überhaupt nichts wissen will? Das weiß der unternehmerische Antistreiber nicht einmal? So weiß er wohl auch nicht, daß Unternehmer der Großindustrie zu Ebert gepöbeln sind, um gegen das Betriebsratsgesetz zu wirken und zu demonstrieren. Man hat ihnen zwar nicht angedeutet, daß sie, die großindustriellen Demonstranten, einbringen, um die Regierung zu stürzen, — aber dafür hörte man von ihnen selber, daß sie zur Schließung der Betriebe entschlossen seien, falls das Betriebsratsgesetz allzu „unternehmerfeindlich“ ausfiele, — was kein ernsthafter Mensch befürchten konnte.

Eine Preisnote: Soll nicht das Antistreibgesetz wenigstens das Streikrecht der Unternehmer zutun? Oder wird auch durch dieses das Interesse der Allgemeinheit gefährdet? Die Stilllegung von Betrieben und die Aussperrung von Arbeitern wurde und wird je stets vom Standpunkt des Unternehmertums beurteilt. Auch jetzt noch? Ausgesperrte Arbeiter fehlen doch ebenso am „Aufbau durch Arbeit“ wie freitretende Arbeiter. Mit welcher Verfaßte mancher Unternehmer dabei vorzugehen, schildert lobend die „Lachdicker-Zeitung“. In Gaus wurden am 2. Januar die Arbeiterhörsäle der Schiefergruben gerufen und ihnen die neuen Bedingungen vorgelegt. „Erkennt ihr die an?“ — „Nein.“ — „Dann könnt ihr nicht anfahren. Geht heim.“ So kurzer Hand wurden 300 Schiefergrubenarbeiter ausgesperrt und erst nach 14 Tagen kam es zu Vereinbarungen. Solange ruhnten die Betriebe, trotzdem, wie berichtet wird, in ganz Deutschland wahrer Heißhunger nach Schiefer herrschte. Solange blieben die 300 Arbeiterfamilien ohne Lohn und Brot! Das Braungeschiedsverfahren soll verpöbeln Wandel schaffen. Wie sich die Unternehmer das denken, geht daraus hervor. Daß die „Lachdicker-Zeitung“ die Ge-

lege des Antistreibgesetzes, von Schmidt und Franzosen auch für Deutschland fordert. Darin werden hohe Geld- und Gefängnisstrafen angedroht, erstere auch vollstreckbar in das Eigentum der beteiligten Organisationen.

Der genannte Artikel des Unternehmertums findet sich ein einiges Haar in der Suppe, nämlich: daß sich dann auch die Arbeitgeber dem Schiedsverfahren beugen müssen, sei „ein Idealzustand.“ Danach werden die bürgerlich-sozialdemokratische Regierung und deren Parteien ein Antistreibgesetz schießen müssen, dem sich nur die Arbeiter zu unterwerfen haben. Das wäre dann der „Idealzustand“ in der neuen Republik, die hauptsächlich auch einmal eine sozialistische werden wird.

Unregungen zur Lohnfrage im Schößgewerbe.

Der größte „Erfolg“ des Weltkrieges ist zweifellos die Entwertung des Geldes und die damit verbundene bestmögliche Teuerung. In einer fast ununterbrochenen Folge von Lohnkämpfen sind die einzelnen Arbeitergruppen bemüht, ihre Einnahmen und Ausgaben einermäßigen in Einklang zu bringen. Ein Ende dieses Zustandes ist noch nicht abzusehen, und es scheint, als wenn das arbeitslose Volk den bitteren Reiz des Leidens nicht bis zur Reize lesen müßte. Wir Schuhmacher gehören schon immer zu den am schlechtesten bezahlten Arbeitergruppen. Wohl hat auch uns die politische Umwälzung einen steilen wirtschaftlichen Vorteil gebracht, doch all das ist längst überholt durch die fortschreitende Teuerung. Und so macht sich denn auch bei uns in diesem Jahre ein lebhafter Kampf um Verbesserung der Löhne bemerkbar. Zunächst nur im Schuhgewerbe. Die Kollegen in den Schuhfabriken sind durch ihren Reichslohnrahms vorläufig am Kampfe gebindert, die Vorbereitungen das zu dürfen aber sicher schon nahe dem Abschluss sein.

Bei den Schöharbeitern handelt es sich ausschließlich um kleinere, örtliche Kämpfe. Die Verhältnisse der örtlichen Verhältnisse hat vorzüglich das Zustandekommen auch eines Bezirksrates verhindert. Und dieser Umstand macht sich bei einer Lohnbewegung oft recht unangenehm fühlbar. Die Meister können nicht selten mit dem Hinweis auf die rückgängigen Löhne im Nachbarorte eine Lohnforderung „Abreißen“ und als unberechtigt abweisen. Es ist deshalb sehr notwendig, daß die Kollegen bestimmter Bezirke in fortwährender Verbindung miteinander bleiben, um mehr Einheitsfront in Lohnfragen zu erreichen und so allmählich den Weg zu bahnen für einen Bezirksrat frei zu machen.

In dieser Hinsicht sieht es heute noch sehr trübe aus. Während die Meister in allen Teilen des Reiches im allgemeinen fast die gleichen Preise fordern, stehen die Löhne der Gesellen in einer Stadt oft beträchtlich hinter den Löhnen ihrer Kollegen der Nachbarstadt zurück. Auch bezüglich der Forderung um Gewährung von Ferien, Abschaffung des Affordarbeit usw. herrscht keine Einigkeit.

Einen Fehler begehen die Kollegen fast ausnahmslos beim Abschluß eines Tarifes, und zwar insofern, als sie den Affordlohn im Verhältnis zum Stundenlohn viel zu niedrig ansetzen. Der Stundenlohn wird von unseren Kollegen in den meisten Fällen nicht auf den Affordlohn umgerechnet, sondern dieser wird unabhängig vom Stundenlohn rein nach Würdungen festgesetzt. Das ist ein Fehler, der in doppelter Hinsicht Schaden verursacht. Erstens haben die Affordarbeiter einen materiellen Schaden, weil sie durch diese Art Lohnfestsetzung billiger arbeiten müssen, als die Stundenarbeiter. Zweitens kommt ein weiterer materieller Schaden hinzu, der dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Meister stets bestrebt sein werden, die billigeren Affordarbeit des Stundenlohnarbeit vorzuziehen. Wir kämpfen doch aber unter anderem auch für die Abschaffung der Affordarbeit. Deshalb wollen unsere Kollegen mehr als bisher bestrebt sein, Afford- und Stundenlohn möglichst hoch in Einklang zu bringen. Einen Fingerzeig darauf, wie das zu tun sei, hat bereits ein Magdeburger Kollege in Nr. 4 unseres Fachblattes gegeben. Es muß zuerst ein angemessener Stundenlohn festgelegt werden, der dann bei der Berechnung des Affordlohnes als Grundlage zu dienen hat. Die Zahl der Stunden, die der Magdeburger Kollege für die einzelnen Arbeiten berechnet hat, dürfte im wesentlichen stimmen. Man nehme also die für eine Arbeit angegebene Stundenzahl und multipliziere diese mit dem Stundenlohn, zugleich 20 Proz. Zuschlag. Dann wird ein ganz anderer Lohn für die Affordarbeiter herauskommen, als wie er jetzt auf den meisten Tarifen zu finden ist.

Wenn unsere Kollegen den hier dargestellten Anregungen folgen, dann dürfte auch für die Schöharbeiter die Zeit wenigstens für Bezirksräte: bald reif sein.

Winter.

Lot und Herr erlähmt uns die Natur draußen. Hart und kalt ist der Boden, ohne Grün und Blütenmund. Die frohge Finger des Todes reichen die kalten Zweige in die frostige Luft. Und doch ist Leben alles, das da unser Auge schaut, je mehr noch als Leben: Zukunft! Klammert dort in all dem Erstarren, Zukunftsleben, Entwicklung. Neues wird, Keimere! Aufsteig! Ist das Prinzip, das sich aus all dem Verden und Vergehen mit revolutionärer Kraft Hegelrig hindurchringt.

Und so trägt auch jedes einzelne Menschenkind Zukunft in sich, und wenn es noch so weit von der Zukunft entfernt scheint. In jedem einzelnen von uns liegt der Reim des Aufstiegs, revolutionärer Drang zur Entwicklung, und er ist um so ausgeprägter, je mehr in unserer wirtschaftlichen Leben noch Winter ist, je weiter wir uns noch entfernt fühlen von der Sonne. Das ist ein Gesetz, das nicht umsonst ist.

ist das natürliche Ziel der Gewerkschaft. Der Arbeiter muß sein, auch im Berufsleben, und er ist wieder der Kern zu weiteren Kämpfen: Unentschiedenheit und Sieg über das Glück. Wie sie da sorgsam ihren Bestand bilden, wie sie da langsam ihren Boden gewinnen. Der Berg muß democh kommen. Mit die Werte, die wir da so lebendig in uns fühlen: sie sind die Zukunft. Sie müssen werden zur Menschheitsmacht, und sie werden triumphieren und weiterziehen lassen immer herrlicheres Neues, wenn der Kapitalismus kaum noch als Götze in den Händen lebt.

Aus unserem Beruf.

Die Leder- und Schuhpreise im Jahre 1919. Der Jahresbericht des Deutschen Schuhfabrikantenvereins enthält folgende Uebersicht über die Bewegung der Preise von Leder und Schuhen im Jahre 1919:

Warenart	Dez. 1918	Jan. 1919	Feb. 1919	März 1919	April 1919	Mai 1919	Juni 1919	Juli 1919	Aug. 1919	Sept. 1919	Oktober 1919	November 1919	Dezember 1919
Samarkand	2,50	2,50	2,25	26	28,50	30	26						
Februar	3	3	2,70	30,50	32,50	30							
März	4	4,50	4	34	35	38	37						
April	5	5	4,50	39	40	44	48						
Mai	10	10	8	58	54	58	57						
Juni	11	11	8,50	67	58	62	61						
Juli	13	13	10	63	64	69	67						
August	15	15	13	69	70	78	71						
September	16	16	13	77	79	84	80						
Oktober	19	20	16	93	96	101	96						
November	23	24	16,50	115	120	125	116						
Dezember	31	35	22	130	134	145	180						

Die Preise für Leder haben sich also im Verlaufe des Jahres 1919 um das zehn- bis zwölfwache erhöht, die der Schuhe um das vier- bis fünffache. Das sind die Folgen der Aufhebung der Zwangsverpflichtung für Leder.

Mitteilungen.

Greif L. D. Unsere letzte Generalversammlung war gut besucht. Nach Einbringung einiger geschäftlicher Angelegenheiten schritt man zur Neuwahl der Ortsverwaltung. Leider legten der alte Vorsitzende, Ernst Hilber, und Oskar Reis als Kassierer ihre Ämter nieder. Nachahmungen wurden als erster Vorsitzender Bruno Brielstein-Bühlig-Greif, als Kassierer Fritz Hofe-Greif, als Schriftführer Max Schwarz-Greif, welcher kein Amt annehmen. Dem gesamten Vorstand für seine Mühe und Arbeit sprechen wir unseren herzlichsten Dank aus. Wünschen man jedem Kollegen aus's Herz legen, daß wir im neuen Jahr vorwärts kommen. Dazu gehört die Mitarbeit jedes Einzelnen. Den noch fernstehenden Kollegen aber rufen wir zu: hinein in den Zentralverband der Schuhmacher! Der alte Vorstand hat zu richten an den ersten Vorsitzenden.

Göppingen. Die am letzten Freitag sehr hart besuchte Mitgliederversammlung nimmt unter anderem Kenntnis von dem am 22. und 23. Januar gefestigten Verhandlungsabstand der Leinwandgewerkschaft. Die Mitglieder sind aber sehr enttäuscht und sprechen ihre Abneigung zu dem geringen Erfolg aus, welche die Leitung des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands bei den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden erlangen hat, da das Ergebnis bei weitem nicht in Einklang steht mit den Leinwandgewerkschaften aller Lebens- und Berufsarten. Wir heilen unsere Enttäuschung nicht als die Biondine der Arbeiterbewegung und sie sich auch bei jeder Gelegenheit als solche gebühret, aber diesmal fast gänzlich verfehlt hat, gegenüber anderen Verbänden, z. B. Metallarbeiterverband hat pro Stunde 12 Mk., wir 10 Pfg.; Textilarbeiterverband 50-60 Pfg., wir 30 Pfg. Das sind nur einige Beispiele. Die Mitglieder verlangen aufs entschiedenste, daß die Verhandlungsleitung in Zukunft besser auf den Plan tritt, da sonst mit einer Mitgliedschaft zu rechnen ist, oder mit dem ganzen Liebertritt zur Arbeiterunion. Daß die Verhandlungen nicht so günstig waren, geht, daß wir von unserem Arbeitgeber mit nicht allzu großer Mühe noch bis zu 20 Mk. pro Woche mehr herausgeholt haben. Was im einzelnen geht, auch im ganzen noch viel besser gehen.

Hildesheim. Eine Versammlung der Schuharbeiter am 12. Januar, welche gut besucht war, beschloß eine Verbesserung des Lohnes zu fordern. Eine Kommission sollte mit der Innung verhandeln. Gefordert wurde ein Stundenlohn von 2,50 und 2,65, Mittellohn proportional zu erhöhen. Eine Kommission verhandelte mit der Innung und wurden doch ein, einen Stundenlohn von 2,50 und 2,65 Mk. zu zahlen, Mittellohn auf 25, 50 und 70 Pfg. zu erhöhen, jedoch ein Durchschnittsarbeiter für ein Paar genähle Böden 31.- Mk. bekommt. Demnach wird wie herrenarbeit bezahlt. Reparaturarbeiten werden nur auf Stundenlohn gearbeitet. Ferner wurde ein Urlaub gebührt; nach einjähriger Tätigkeit drei Tage, nach einjähriger Tätigkeit sechs Tage bei voller Auszahlung des Lohnes. Wer blau macht oder pfuscht, wird der Urlaub entzogen. Kollegen, deren Erfolg haben wir unserem Verband, teils aber auch unseren Genossen, die mit in der Innung sind, zu danken. Wir gedenken dabei der Genossen Friedrich und Schneiderberger, denen wir hierdurch unseren Dank aussprechen. Den Kollegen sage ich zu, daß nach, es ist eines jeden Kollegen Ehrenpflicht, den letzten Kollegen dem Verbande zuzuführen. Wer mit die Früchte vom Baume der Organisation genießt, soll auch diesen Baum mit pflegen. Auch sage ich den Kollegen aus's Herz, die bürgerlichen Zeitungen, die so eifrig gegen uns hetzen, aus dem Hause zu lassen und unser Volkstum zu lesen.

Cleburg. Zu unserer letzten am 9. Februar abgehaltenen Versammlung hatte sich der Obermeister der hiesigen Schuhmacher-Innung amnestisch, um zunächst eine Erklärung für

sein Gesellenamt zu beantragen, gleichzeitig aber auch um nochmals Rücksprache zu nehmen mit der Organisation über unsere im Januar eingeleiteten Forderungen. Da in der letzten Innungsversammlung unsere Forderungen kurz abgelehnt wurden, haben wir diese dem Schlichtungsausschuß übergeben. Der Obermeister, sowie noch zwei Herren schlugen uns nun vor, die Forderungen bei dem Schlichtungsausschuß zurückzugeben, dafür aber nochmals neue an die Innung zu richten. Es sollte dann im Laufe der Woche eine Innungsversammlung abberufen werden, zu der auch die Schlichtungskommission unserer Zunftstelle geladen werden sollte. Nach den Äußerungen der drei Innungsherren sollte zunächst auf Bemäßigung der Forderungen sein, allerdings müßten einige zu weitgehende Forderungen (etwa Arbeitszeitverlängerung oder Ferien) D. S.) fallen gelassen werden. In der sehr heftig geführten Debatte wurde der gute Wille des Obermeisters und einiger anderer Herren anerkannt, jedoch der größte Teil der Arbeitgeber ist nicht so neugierig gefasst. Erinnert wurde an die wiederholt geübte Berichtigungspraxis und bekräftigt, unsere Forderungen bei dem Schlichtungsausschuß zu belassen. - Des weiteren beschloß sich die Versammlung mit dem Verbandstage. Die Anträge des Hauptvorstandes betr. Beitragsregelung usw. wurden als notwendig anerkannt. Beschlossen wurde, daß unsere Zunftstelle einen Antrag auf Neuerrichtung des Bezirks Schließen einreicht, hierbei kam zum Ausdruck, daß wir die Zunftstelle für den Bezirk der Zunftstelle noch nicht geben haben. Zur Bezirksunterstützung wurde unser Kandidat zum Verbandstage, Kollege Schulzberger, gewählt und demselben einige Direktiven in der Diskussion betr. Beitragsregelung und "Gau Schließen" auf den Weg gegeben. Nach Erbringung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte Schluss der sehr anregend verlaufenen und gut besuchten Versammlung.

Nürnberg. Zusatz II streng fernsubstantiv. Da hier Differenzen wegen Lohnverhandlung überbleiben.

Die Ortsverwaltung.

Nürnberg. Im Geheimnissverhältnis sollen angeblich die Zentralvorstandsmitglieder leben. In Nr. 5 des Schuhmacher-Jahrbuchs macht ein Kollege R. aus Breslau ihnen diesen Vorwurf. Was? Was er in Nr. 51 die Unterfertigungsbücher veröffentlicht, die nach dem Kollegen seiner Meinung Sache des Staates wären. Vor allem hat es ihm die Arbeitslosenunterstützung angehen. Ich kann dem Kollegen versichern, daß sich im Vorstand kein Mitglied befindet, welches die Säge für Fronte oder Arbeitslose deckt oder verteidigt. Der Fehler, daß viele Unterfertigungen vorhanden sind, liegt nicht an dem jetzigen Vorstand und ich glaube auch nicht an dem, der sie dem Verbandstage zum Vorhinein brachte, noch an dem Verbandstage selbst. Sondern der Fehler lag an dem Vorhinein selbst, weil sie selber so wenig Interesse an dem Verband zeigen, daß es leider notwendig war, zu diesem Kassierer zu greifen, um den Verband in die Höhe zu bringen, heute liegen die Dinge wesentlich anders. Ein großer Teil der Kollegen und Kolleginnen und nicht zuletzt der Vorstand haben erkannt, daß die Gewerkschaft eine Kampfsorganisation und keine Unterfertigungsstelle ist. Das hat auch den Vorstand veranlaßt, nur die Streikunterstützung bedeutend zu erhöhen und bis zum Verbandstage den Beitrag zu erhöhen. Aber es gibt wiederum leider nicht lauter solche Kollegen, und ein beträchtlicher Teil hängt noch am alten, deshalb hat es der Vorstand vorgezogen, diese Säge noch einzuweilen zu belassen. Habe ich mich doch in Nürnberg in einer Mitgliedserversammlung verteidigen müssen, weil diese Säge nicht auch erzählt wurden. Sogar gegen die Aufnahmeüberprüfung wurde Sturm gelaufen, obwohl die Kosten für Papier und Druckkosten ganz gemäßig geliegen sind. Ich glaube nun, daß der Kollege R. seine Meinung über den Vorstand ändern und die Urkunden so anders lassen wird.

Seitensberg. (Schuhhutmacher). Seit ungefähr acht Wochen haben wir mit den Arbeitern der Innungsinnung zu Eisenberg und Umgebung zwecks Aufbesserung der Löhne zu verhandeln, was uns aber bisher nicht gelungen ist. Es soll hier an organisierten Kollegen und sind diese nicht dazu zu bewegen, sich zu organisieren. Kollegen, die beschließen, daß die tollsten Zustände, Wochenlöhne von 80 Mk. einschließlich Kost bei 10-12stündiger Arbeitszeit sind hier noch an der Tagesordnung. Daher Kollegen, Vorarbeit bei Annahme von Stellung und Ermüdung bei der nächsten Sabstille.

Werra. a. d. Märkt. Die Kollegen der Zunftstelle stehen seit dem 2. Februar in einer Lohnbewegung. Wir bitten unsere auswärtigen Kollegen, den Zusatz fernsubstantiv. Die hiesigen Schuhmachermeister haben jede Verhandlung abgelehnt. Wir hatten zu einer Verhandlung mit unserem Bezirksleiter, Kollege F. Hamann, erkrankt. Auch dies wurde abgelehnt mit der Begründung, daß sie auf ihrem Standpunkt beharren würden. Sie werden jetzt von uns vor den Schlichtungsausschuß geladen werden und sollten sie nach diesem Schlichtungsausschuß ablehnen, wird nichts anderes übrig bleiben als die Arbeit niederzulegen.

Waldheim. Unsere am 2. Februar stattgefundene Versammlung, welche gut besucht war, beschloß die hauptsächlich mit dem Verbandstage in Leipzig. In erster Linie wurde der Antrag Mittweida besprochen und nach längerer Aussprache für annähernd beigestimmt und einstimmig beschlossen, den Antrag Mittweida auf dem Verbandstage zu unterstützen. Weiter wurde nach längerer Debatte über Fronte- und Arbeitslosenunterstützung beschlossen, diese Unterfertigungseinstellung mit einer Unterfertigungseinstellung zu verhandeln. Die Kollegen und Kolleginnen sind auch hier der Ansicht, daß diese Unterfertigungen der Frontentasse resp. dem Staat zuzufallen.

Wella. (Gemeinderat). Kollege Otto Rimmerling-Goltz macht in Nr. 4 des Schuhmacher-Jahrbuchs darauf aufmerk-

sam, daß der Delegiertenrat zum Verbandstag nicht genau über die politische Stellung des Reichstages zu erörtern, er führt dazu aus: "Die gegenwärtige Zeit erhebt es, daß ein revolutionärer Geist auf dem Verstande herrscht". Dagegen wolle man sich nicht einzusetzen, wenn nicht der alte, oft gut bewährte Grundgesetz über die Politik nicht mit Gewalt zu verwerfen. Dann würde man sich ganz anders Grundgesetz als letztes. Kollege Rimmerling, führt die Zusammenhänge der Politik. Ja, mein lieber Kollege, warum haben sich denn die politischen Parteien vom "revolutionären Geist" nicht mit den politischen Parteien verstanden, um ein einigermassen bewährtes Grundgesetz zu schaffen? Ich würde mich bei jeder Gelegenheit auf die "alte" S. P. D. beziehen, die sich an allem ist. Dagegen steht sich die S. P. D. verweigert, weil sie von den leitenden Parteien verlassen ist, mit den radikalen Parteien Kompromisse zu schließen, um wenigstens etwas zu erreichen. Die U. S. P. dagegen verbündet sich mit der äußersten Rechten, um das Zusammenbrechen des Reiches rüchriges Ansehen zu machen. Das "Schuhmacher-Jahrbuch" ist man nicht dazu da, um darin parteipolitische Ansichten auszudeuten. Aber dennoch möchte ich Kollege Rimmerling ermahnen, sich mit Inhalt der Korrespondenzblätter Nr. 48/49, Jahrgang 1919. Der Streit in der Berliner Textilindustrie vertraut zu machen. Daraus ist genau ersichtlich, wie schädlich es ist, wenn man Partei und Gewerkschaft in einen Topf wirft. Denn mit Schlagwörtern ist uns nicht gebietet, sondern nur mit praktischer Arbeit. Diese wollen und müssen wir auf dem Verbandstage leisten und nicht über die Richtigkeit des einen oder anderen Parteipolitischen streiten und diese sollen auch nicht misslingen sein. Denn die Verbandstage sind doch nicht dazu da, um eine Diskussion über die zusammengehörigen Parteien der einen oder anderen politischen Partei zu haben, sondern über das Grundsätzliche der Gewerkschaft im allgemeinen zu beraten. Und ganze Arbeit müssen wir leisten zum Wohle unserer Kollegen und des gesamten Wirtschaftslebens.

Fritz Böttger.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Woche vom 16. Febr. bis 22. Febr. der 8. Wochenbeitrag fällig ist.

In unsere Ortsverwaltungen und Mitglieder!

Trotz wiederholter Mahnungen kommt es immer noch häufig vor, daß wir in vielen Fällen Strafpunkte zahlen müssen und dadurch besonders hohe Vorkausgaben entstehen. Wir eruchen daher unsere Ortsverwaltungen nochmals dringend, sich die Bestimmungen über die Disziplinarmaßnahmen und mit denselben vertraut zu machen. Sendungen, die als "Drucksache" oder "Geschäftspapier" deklariert sind, dürfen keine brieflichen Mitteilungen enthalten und auch nicht zugesichert sein, sondern müssen offen gestellt werden. Wir ermahnen daher auch den Ortsverwaltungen und Mitgliedern, daß sie nunmehr die Disziplinarmaßnahmen streng beachten, da wir sonst genötigt sind, von jetzt ab bei allen ungenügend oder überhaupt nicht konformierten Sendungen die Annahme zu verweigern.

Den Bestellern von Briefstücken zur Kenntnis, daß sich der Preis der Doppelstücken von 2.- auf 3.- Mk. erhöht hat. Kleinstücken (Größe 38 mal 50) sind vorläufig nicht mehr zu liefern, infolge Materialknappheit und zu hohen Herstellungskosten.

Auf Grund des § 6, Abs. 1 des Statuts wurde nachfolgenden Zunftstellen die Einführung bezw. Erhöhung des Lokalsbeitrages genehmigt:

Fürstentum, a. d. Spreewoche vom 1. Februar ab die Erhöhung des Lokalsbeitrages von 5 auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Leipzig von der 8. Beitragswoche 1920 ab Erhöhung des Lokalsbeitrages auf 20 Pfg. pro Woche für alle Mitglieder. Münden vom 1. Februar ab die Erhöhung des Lokalsbeitrages in der 1. Klasse von 20 auf 25 Pfg., in der 2. und 3. Klasse von 20 auf 30 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Schneeberg l. S. vom 1. Februar ab die Einführung eines Lokalsbeitrages von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Schwarzwald vom 1. Februar ab die Erhöhung des Lokalsbeitrages von 5 auf 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Werra vom 1. Februar ab die Einführung eines Lokalsbeitrages von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied.

Die Mitglieder genannter Zunftstellen machen wir darauf aufmerksam, daß die Nichtbezahlung dieser Beiträge die Folgen des § 9 a. nach sich zieht.

Nürnberg, den 14. Februar 1920.

Der Vorstand.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen

Burg. Für die Sterbefälle der Mitglieder Karl Krüger und Luise Sprenger ist der 100. und 110. Grabbeitrag fällig bezw. 200. und 110. Geld auf der Lokalsbeitragskarte zu zahlen.

Mörsdorf. Hermann Klinge, Blücherstraße 21, 1. Bev.; Friedrich Hill, Hauptstraße 120, 2. Bev.; Jean Braun, Hauptstraße 101, 3. Bev. Reizeinstufung zählt der 1. Bev. täglich nachmittags von 6-7 Uhr aus. Die übrigen Unterstufungen nur Sonntags von 4-5 Uhr nachm.

Reichshausen. Reinhold Buge, 5. Str., 1. Bev.; Richard Jahn, Luda S. 2., 2. Bev.; Martin Kuhn, Bohndorfer, 3. Bev. Ortsbeamte: Ernst Jahn, Wiepachstraße 2 II. Defektliste Auszahlung der Unterstufungen Sonntags von 9-11 Uhr mittags.

Landau. Georg Dörr, 1. Bev.; Jakob Raus, 2. Bev.; Geatz, 3. Bev. Vereinslokal: Alte Bränerlei Stoppel.

Münster l. W. Bernhard Dümmann, Bohndorf 3 5, 1. Bev.; Heinrich Korbmayer, Wilhelmstr. 1, 2. Bev.; Friedrich Bögel, Altes Steinweg 39, 3. Bev. Unterstufung zählt der 2. Bev. von 4-6 Uhr nachmittags aus.

Naumburg a. S. Otto Büfel, Mühlstraße 18, 1. Bev.; Otto Kessler, Reußenplatz 17, 2. Bev.; Paul Bransty, Unt. Georgenberg 1, 3. Bev. Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. zu richten. Unterstufungen zählt der 2. Bev. von 12-1 Uhr mittags und 6-7 Uhr abends aus.

Reichswald. Hermann Rehbold, Am Wasser, 1. Bev.; Otto Endra, Pannstraße 13, 2. Bev.; Hugo Gildner, 3. Bev. Alle Unterstufungen zählt der 2. Bev. nur Sonntags von 2-6 Uhr aus.

Söllingen. Lambert Robis, Raderstraße 26, 1. Bev.; Heinrich Weid, Ritterstraße 41 a, 2. Bev.; Hermann Schürer, Sonnenstraße 1, 3. Bev. Reizeinstufung zählt der 2. Bev. mittags von 12-2 Uhr aus.

Stuttgart. Die Schöfarbeiter Stuttgarts stehen in Lohnforderungen und haben den Tarifvertrag zum 1. März gekündigt. Jagz ist ferngehalten.

Wülfrath. R. Schüller, Köster Wilhelmstr. 135, 1. Bev.; Ul. Krüllberg, Köster Wilhelmstraße 57, 2. Bev.

Zentral-Krankens- und Sterbefälle der Schuhmacher u. v. W. Deutschlands (Erfassliste) zu Hamburg.
 Bekanntmachung des Hauptstärkers.
 Gelder gingen ein vom 11. Januar bis 7. Februar 1920:
 Reutlingen 200., Kallerslautern 100., Al. Aubein 250., Osnabrück 50., Dinglingen 100., Seehingen 150., Taffel 200., Nieber 300., Regensburg 200., Nürnberg 1000., Königsberg 300., Delitzsch 150., Mandelberg 150., Leenberg 200., Elmhorn 250., Nowawes 250., Arnstadt 200., Frankenburg 150., Schweinfurt 600., Kiel 300., Ober-Ruf 100., Weidestadt 50., Köln 200., Erlangen 100., Eutingen 400., Randel 100., Oels 111.17, Darmstadt 25.78, Witten 100., Eubingen 100., Pöschel 40., Zuffenhausen 100., Labenburg 80., Speyer 500., Pöschel 100., Stettin 150., Ulm 150., Marbach 50., Ehrenriedersdorf 50., Annweiler 100., Altona 200., Ottenfen 150., Magdeburg 250., Augsburg 300., Cannstatt 200., Karlsruhe 300., Mosburg 100., Würzel 200.10, Pöschel 50., Wiesbaden 200., Pöschel 300., Pöschel 80., Göttingen 50., Spandau 800., Bremen 250., Darmstadt 200., Weidhausen 200., Schönlank 70., Laufen 100., Göttingen 400., Weidhausen 300., Heilbronn 100., Zoffingen 100., Wörlitz 100., Eichstädt 300., Nachh. 60., Chemnitz 300., Weimingen 150., Marienberg 100., Göttingen 150., Herzogenaurach 600., Vögnitz 600., Zwickau 100., Griesheim 100., Wachen 300., Stadtilm 200., Kassel 90., Weidhausen 60., Schöneberg 400., Wachen 250., Heidelberg 150., Neunkirchen 100., Gotha 100., Göttingen 250., Wf. Summa: 6827.27 Mk.

Zusatz erhalten:
 Schmalkalden 250., Galau 375., Reppen 75., Mägden 100., Leipzig-Dr. 400., Adelsheim 150., Wülfrath 300., Oldendorf 100., Eiterlein 170., Coburg 350., Vödnitz 110., Wietzenheim 200., Ebingen 500., Sonderhausen 60., Magdeburg 150., Witten 170., Pöschel 100., Pöschel 100., Neustadt 150., Wf. Summa: 4010.- Mk.

Hamburg, den 7. Februar 1920.
 S. Ebel, Hauptstärker.

Gau VI (Berlin).
 Nächste nochmals auf die am Sonntag, den 7. März, vormittags 10 Uhr in Berlin, Engelauer 14, **Gewerkschaftshaus**, Saal 5, stattfindende **Bezirkskonferenz** aufmerksam. Mandat und Mitgliedsbuch mitzubringen.
 S. L. P. Samacher, Berlin SO 16, Engelauer 15.

„Der Arbeiterrat“
 Organ der Arbeiter- und Betriebsräte Deutschlands.
 Publikationsorgan der Berliner Betriebsräte-Zentrale.
 Erscheint wöchentlich einmal zum Preise von 2.40 Mk. pro Monat 7.20 Mk. für das Vierteljahr.
 Verlangt kostenlos eine Probe Nummer und abonniert sofort beim Verlag „Der Arbeiterrat“, Berlin C. 25, Mühlstr. 24.

Unreines Blut
 Mittel, Pidel, Ausflüg, Flecken, Hautjucken, Nervenkrank, Gelb- u. Milanchie, sowie alle scharfen Stoffe aus den Adern werden schnell und sicher beseitigt durch **Dr. Schultze's Inversal-Blutreinigungstees**.
 Seit langen Jahren ausgerechnet bewährt. 1 Paket 5.- Mk., 3 Pakete (in einer Kur nötig) 12.50 gegen Nachnahme durch **Concordia-Apotheke**, Beilken 6, Berlin 33.

Briefkasten.
 R. Tsch. Hamburg. Wegen Raummangel im nächster Nummer. Gruß.

Verichtigung.
 Berichtigung! In meinem Artikel: „Hinse für den Verbandsrat“ hat sich ein fälschlicherweise Fehler eingeschlichen. In den letzten Sätzen soll es nicht heißen: „Stellt keine Verbandsbeamten an“, sondern: „Stellt keine Verbandsbeamten als Delegierte auf“.

Literarisches.
 Das Gesetz über Betriebsräte. Heft 1 der „Gesetzes-Erklärungen für Arbeiter und Angestellte“, erläutert von G. Kaufhäuser, ca. 68 Seiten, Preis 2.50 Mk. Verlags-Gesellschaft „Freiheit“, e. B. m. b. H., Abteilung Buchhandel, Berlin C 2, Breite Straße 8-9. Dieser Kommentar zum Betriebsrätegesetz enthält neben jeder eingehenden Anmerkungen zu den einzelnen Paragraphen einen wertvollen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung des Arbeitgeberrechts in Deutschland und das Entstehen dieses Gesetzes. Bei den Erklärungen zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzes wird immer wieder auf keine Vorbestimmungen verwiesen, um so die Möglichkeit für die Durchführung der teilweise sehr unklaren gesetzlichen Vorschriften zu schaffen. Eine Sammlung geschichtlicher Dokumente, die mit dem ersten Erscheinen des Gesetzes zum Neuaufbau von Betriebsausstößen vom 15. November 1918 beginnt, auch alle anderen wichtigen Vereinbarungen im Wortlaut enthält und mit den Bestimmungen der Reichsverfassung über die Räte abschließt, sowie die besondere überblicksartige Anordnung des Textes erhöhen den Wert dieses Nachschlagewerkes. Seine Anschaffung ist für jeden Funktionär der Berufsorganisationen, sowie jeden Arbeiter- oder Betriebsrat unerlässlich. Auch für die Durchführung der Räte zu den Betriebsräten wird die Schrift wertvolle Dienste leisten.

Versammlungs-Kalender.

Mitglieder-Versammlungen.
Dresden. Dienstag, den 24. Februar, abends 8 Uhr bei Karl Wülfert, Fleischermarkt.
Bremen. Montag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr pünktlich im „Gewerkschaftshaus“.
Dortmund. Montag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr im Lokal W. Wolf, Lammhaus, Ostwall 17.
Emden. Die Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat, abends 8 Uhr im Barock „Klubhaus“ statt.
Gera. Montag, den 22. Febr., im Lokal von Richard Wülfert, Greizerstraße.
Hannover. Montag, den 1. März, abends 7 Uhr im Restaurationslokal des „Gewerkschaftshaus“. Eingang durchs Restaurant.
Hartth. Montag, den 1. März, abends 8 Uhr im Lokal „Fortschritt“.
Kiel. Montag, den 1. März, abends 7 Uhr Versammlung im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer Nr. 2.
Leipzig. Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr.
Leipzig. Freitag, den 20. Februar, abends 8 Uhr im „Eppeler's Restaurant“, Adenstraße.
Miegnitz. Montag, den 1. März, abends 7 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Zimmer 4.
Passau. Dienstag, den 2. März, abends 8 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Johannisstraße 60-62, Zimmer Nr. 4.
Regau (Eggob.) Sonntags, den 8. März 1920, abends 7 Uhr in „Schwabe's Restaurant“.
Ratzeburg. Jeden Sonntag nach dem ersten, morgens 1/11 Uhr Versammlung im „Hotel Odeon“.
Weldorf. Montag, den 1. März, abends 8 Uhr im der „Zentral-Herberge“, Silberstraße.
Münster l. Westf. Montag, 23. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Lokal „Eigentümer“ Versammlung.
Rienburg a. W. Montag, den 8. März, abends 7 Uhr im Lokal Heinz. Denke, Hintere Straße.
Reutlingen. Freitag, den 6. März, sofort nach Geschäftsbeginn im „Fasanen“ Versammlung der Fabrik- und Schöfarbeiter.
Schneid. Montag, den 1. März, abends 7 Uhr im Restaurant „Zum Schwan“.
Straubing. Montag, den 1. März, abends 8 1/2 Uhr.
Schneeberg. Montag, den 22. Febr., abends 8 Uhr im Restaurant „Dabem“, Bahnhofsstraße.
Schneberg. In unsere Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Mittwoch im Monat beim Gastwirt Heinrich Doofer statt.
Waldheim (Guben). Freitag, den 5. März, abends 8 Uhr im Restaurant zur „Grünen Aue“.
Swekau. Freitag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr im Gasthof „Zum goldenen Adler“.

Wegen Raummangels mußten einige Artikel und Berichte zurückgestellt werden. D. Red.

Gewerkschaftsfunktionär

Anstelle des ausgeschiedenen Funktionärs Kollegen Rast ist für die **Zahlstelle Pirmasens** eine Neuanstellung vorzunehmen. Bewerbungen mit der Aufschrift **„Werbung“** mit einem kurzen Aufsatz über die Aufgaben eines Gewerkschaftsfunktionärs und Angaben über die bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sind an unterzeichnete Stelle zu richten. Bewerber muß agitatorische und organisatorische Fähigkeiten besitzen und hat die Kassengeschäfte der Zahlstelle Pirmasens zu übernehmen. Bewerbungen, die nach dem 28. Februar einlaufen, können nicht mehr berücksichtigt werden.

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands
 Zahlstelle Pirmasens. S. Feldmüller, Kreuzstraße 8.

Wir suchen zum sofortigen Antritt einen **geschulten Schäftemacher** zur selbst. Leitung unfr. Stepperei. Angen. Dauerstellung. Ferner eine **geübte Stepperin**, welche auch vorrücken kann. — Angebote mit Gehaltsansprüchen unter S. R. 200 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Jeder Schuhmacher
 der eine geeignete Fachschrift zur Ausbildung in seinem Beruf lesen will, dem ist auswärts.....

Die Schuhmacherei
 zu empfehlen. Keiner liest diese Fachschrift ohne Nutzen wie alle Leser dies freiwillig bekunden.....
 Preis pro Quartal 3 Mk.
 Zu beziehen durch die Expedition „Die Schuhmacherei“, Hutha Postfach 71.

Singer tüchtiger Schäftemacher
 wird gesucht von
 Joh. Gröbe, Schuh- u. Schäftemacher, Rosenheim, Frühlingstr. 25.

Tüchtigen Nagler und Näher
 sucht
Schuhfabrik A. Usmus, Weihenfeld a. G.

Wie werde Modelleur?
 Nur durch die **Modellfachschule „Chasalla“**
 Eintritt jeden 1. d. Mts.
 Näheres durch die **Direktion, Casuel, Schönfelder Straße 41, II.**

Ein wirkl. Erfas für eine Fräsmaschine ist der **Abbau- u. Hobeln-Apparat** mit zwei Führungsgriff. Erspart Kapital u. Guben, arbeitet so schnell wie eine Fräsmaschine und erspart das Jahr über viele Rapseln. Der **Stahl Nr. 12**, - n. Anleitung v. **W. R. Landau, Nürnberg, Friedenstr. 17.**

Die neue **Wandfeld-Durchschneidmaschine** (Spez. für Filz- u. Lederarbeiten, Verhältnisse halber für 1500.-) - **Rast** zu verkaufen. - **Fräs- und Wischmaschine** mit 1/2 P. S. Drehstrommotor, 110 Volt, geht zum umwandelbar auf 220 Volt, fast neu, 1500 Mark. **Wandfeld, Weihenfeld, Nicolaistr. 31.**

Der **Kollegin Ida Heinicke** nun ihrem Bedürfnis die herz. ehsten Glückwünsche zu ihrer Vermählung.
Zahlstelle Artern.

Nachruf.
 Unerwartet durch jähen Tod wurde uns der Kollege
Johann Wagner
 im Alter von 68 Jahren aus unseren Reihen gerissen.
 Ein ehrendes Andenken ist ihm gewidmet!
Zahlstelle Leonberg.